

Ökolumne

5 Jahre Pariser Klimaabkommen

Nur noch 420 Gt CO₂ darf die Menschheit ausstoßen, damit die globale Erwärmung bis zum Jahr 2100 auf 1,5°C begrenzt bleibt. Im Jahr 2019 lagen die globalen, vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen bei 38 Gt CO₂. Für Deutschland entspricht das einem verbleibenden Budget von zirka 7,8 Gt CO₂ ab 2021. Das ist das 10-fache von dem was wir momentan jährlich ausstoßen.

Vor 5 Jahren wurde das Pariser Klimaabkommen ausgehandelt. Aber die in Paris gemachten Zusagen reichen bei weitem nicht aus, um dieses Ziel zu erreichen, und selbst diese Zusagen werden nicht eingehalten. Der UNO-Generalsekretär António Guterres hat die Regierungen der Welt aufgefordert, wegen der Klimakrise den Ausnahmezustand auszurufen. Guterres sagte: „Die Natur schlägt zurück und sie tut dies bereits mit wachsender Kraft und Wut. Die Luft- und Wasserverschmutzung tötet jährlich 9 Millionen Menschen, mehr als das Sechsfache der derzeitigen Pandemie.“

Auch der extreme Wintereinbruch in der Nordhälfte Deutschlands ist die Folge einer Störung des Polarwirbels, die durch den Rückgang des Meereises nördlich von Skandinavien und Russland entstand. Das hat die Polarwinde durcheinander gebracht. Nach dem Wahlsieg von Joe Biden und Kamala Harris sind die USA wieder in das Pariser Klimaabkommen zurückgekehrt. Und John Kerry, der das Pariser Klimaabkommens für die USA unterzeichnete, ist jetzt der Klima-Sondergesandte der USA. Mit Janet Yellen und Deb Haaland hat Präsident Biden Ministerinnen in seine Regierung aufgenommen, die glaubwürdig für einen echten Neuanfang in den USA stehen. Die ehemalige Notenbankchefin und neue Finanzministerin Yellen wird über die Regulierung des US-Finanzsektors entscheiden. Sie setzt sich für den globalen Umbau zu einer emissionsfreien Wirtschaft ein und gehört zu den Gründungsmitgliedern des Climate Leadership Councils, einer Organisation, die sich für eine CO₂-Steuer einsetzt.

Die EU-Kommission will die Windenergie auf hoher See von aktuell 12 auf 300 Gigawatt im Jahr 2050 wachsen lassen und den Ausbau koordinieren. In Deutschland ist der Ausbau und die Erneuerung der Windkraft an Land wegen der hohen Mindestabstände (die CDU/CSU durchgesetzt haben) praktisch eingestellt worden.

Bei der Berechnung der CO₂-Bilanz wurde das Einsparziel der EU auf 55% bis 2050 erhöht, aber dafür werden jetzt CO₂-Senken wie Wälder von den Emissionen abgezogen, wie auch beim Pariser Klimaabkommen. Um das Pariser 1,5°-Ziel zu erreichen, müßte die EU ein Ziel von 65% CO₂-Reduktion bis 2030 beschließen und das dann auch ohne Buchungstricks erreichen. Das EU-Parlament hat bereits ein Reduktionsziel von 60% bis 2030 beschlossen. Subventionen für fossile Brennstoffe sollen beendet werden. Aber der EU-Rat der Regierungschefs unter deutscher Präsidentschaft ignorierte die Beschlüsse. Die Wasserstoffwirtschaft wird die zentrale Energieinfrastruktur der kommende Jahrzehnte werden. 55 Terawattstunden Wasserstoff werden der deutschen Industrie schon heute jährlich verbraucht, vor allem in der Chemie. Das aber ist erdgasbasierter, sogenannter grauer Wasserstoff, dessen Herstellung CO₂ freisetzt. Eine Wasserstoffproduktion, bei der Treibhausgase freiwerden, muß begrenzt werden. Deutschland kann seinen künftigen Wasserstoffbedarf vollständig durch grünen Wasserstoff selber decken. Produktionskosten für grünen Wasserstoff mit weniger als 10 ct/kWh aus Windkraftanlagen können bis 2030 erreicht werden. Innovationen in diesem Bereich müssen entschieden unterstützt werden. Die Wasserstoffnutzung befindet sich derzeit an einem kritischen Punkt. Jetzt werden die Weichen gestellt, die über seinen nachhaltigen Einsatz in den kommenden Jahrzehnten bestimmen. Wasserstoffimporte sind auf Grund der hohen Transportkosten sehr teuer. Die Elektrolyseure sollten endlich von der EEG-Abgabe befreit werden, da sie Energie nur zum Zweck der Speicherung umwandeln.